

## JA, JA, DAS GESAMTSPRACHENKONZEPT

I para absurd, ma la Svizra quadrilingua es in vardà unilingua! E que va sco prüma a dan dal talian e pür inandret dal rumantsch. Qua dvainta il rumantsch lingua minoritaria illas regiuns turisticas e là moura el oura illas vals spopoladas. Mantgnair la lingua vuol dir, promover la lingua, e que eir dadour seis territori, per ex. Il rumantsch ed il talian Turich! Elura, scha nus lain promover la plurilinguità da noss uffants as stuvev cumanzar cun la seguonda lingua blerun plü bod, gjavüschabel fingià a partir da la scoulina. Svagliar l'incletta e'l plaschair: Qua vessan nus in Svizra üna schanza unica scha nus promovessan ils barats tanter scoulas, da magisters, stages per giarsuns etc.

## ● Romedi Arquint | EDI



Romedi Arquint,\*1943, Theologe und Gymnasiallehrer, wiss. Adjunkt im EDI, ehem. Präsident der Lia Rumantscha und der Föderalistischen

Union der europäischen Volksgruppen, Mitglied der Stiftungen Sprachen und Kulturen und CONVIVENZA.

Publikation: Mehrsprachigkeit als Chance, NZZ-Verlag, 2015.

Der Diskurs über die Sprachen in der Schweiz leidet an rhetorischer Schwind sucht, er ist selten konkret. Aus nationaler Perspektive müsste der Umstand der Mehrsprachigkeit nicht auf die Debatte um den Sprachenunterricht in der Schule reduziert werden, es müsste der Wert der Begegnung unterstrichen und gewertet werden. Der schweizerische Zusammenhalt bedeutet, dass Menschen aller Stufen und Ausbildungsstufen sich begegnen, sich kennenlernen und sich austauschen können. Dies würde jedoch einen politischen Willen mit entsprechendem Einsatz finanzieller Mittel erfordern.

Leider aber dreht sich die Debatte seit Jahren im Kreise, und zwar um folgende Punkte:

1. Die heilige Kuh des Territorialitätsprinzips weidet munter weiter, als ob mit der Einführung des Grundrechtes der Sprachenfreiheit im Jahre 1999 nichts geschehen wäre. Herhalten muss dafür die von Wandruszka betonte Feststellung, wonach gegen die Mehrsprachigkeit es im Wesen nur ausersprachliche Gründe geben könne. Das heisst, die Sprachdebatte wird von po-

litisch festgefahrenen und rückwärts-gewandten Argumenten beherrscht. Dringend wäre eine Entrümpelung des Bildungswesens von politisch ideologischem Müll, der den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft nicht Rechnung trägt. Cohésion nationale, buchhalterische Koordinationsprobleme, zuerst eine Landessprache, dann Englisch, das sind beliebte Sandkastenspiele der Politik. Die Wahl der Zweitsprache in der Schule ist meines Erachtens unwichtig, es gilt, dass am Ende der obligatorischen Schulzeit eine zweite Landessprache und Englisch sich die Waage halten.

2. Von der Zielvorstellung einer Zweisprachigkeit ist die mehrsprachige Schweiz meilenweit entfernt. Wir debattieren über eine Frühfremdsprache, die in andern Ländern schon zur Zweitfremdsprache gehört. Dänemark und einige deutsche Bundesländer starten mit der ersten Fremdsprache in der ersten Klasse, was bei uns am Horizont noch als Fata Morgana erscheint. Wir diskutieren nicht einmal über Modelle zweisprachiger Schulen.

Die beiden nationalen Landessprachen Romanisch und Italienisch bleiben als Sprachen in den territorial engen Grenzen geschützt und gepflegt. Bei den Romanen zeichnet sich ein Reservat ab, in dem die romanische Sprache wegen Abwanderung und Überalterung ausstirbt, während in den touristisch attraktiven Gegenden anderssprachige Zuwanderer schon längst die Mehrheit bilden. Will die Schweiz ein Reservat erhalten oder eine Sprache fördern? Wieso kann man die Landessprachen der Minderheiten nicht landesweit fördern? Etwa wie in Ungarn oder Estland oder Norwegen, wo der Staat die Rahmenbedingungen festlegt zur landesweiten Pflicht der Förderung der Sprache und Kultur der Minderheiten. In Zürich und Basel müssen dafür private Initiativen herhalten, für die *Italofo*ni offeriert immerhin das italienische Konsulat ähnliche Angebote. Was längst selbstverständlich sein sollte:

Sprach- und Kulturwissenschaften im obligatorischen Schulwesen für Angehörige der schweizerischen Minderheitensprachen Romanisch und Italienisch, aber auch für alle andern Landessprachen und schliesslich auch für Angehörige anderer Sprachen. Für deren Durchführung gibt es Rahmenrichtlinien (Zahl der Interessierten, Lehrkräfte, Stundenplan etc). Damit erfüllt das Bildungswesen den Grundsatz, wonach die Beheimatung in der Erstsprache (nicht nur für die Angehörigen der Mehrheit, sondern allen zusteht).

Zweisprachige Kindergärten und Volksschulen sind nicht einmal in zweisprachigen Städten und Gemeinden die Regel. Chur bildet mit zwei zweisprachigen Grundschulen und Gymnasium eine löbliche Ausnahme. Was wäre eines mehrsprachigen Staates würdiger als ein Boom zweisprachiger Schulmodelle? Beides würde dem Romanischen und Italienischen in der Schweiz Auftrieb geben.

Bei den Romanen zeichnet sich ein Reservat ab, in dem die romanische Sprache wegen Abwanderung und Überalterung ausstirbt, während in den touristisch attraktiven Gegenden anderssprachige Zuwanderer schon längst die Mehrheit bilden. Will die Schweiz ein Reservat erhalten oder eine Sprache fördern? Wieso kann man die Landessprachen der Minderheiten nicht landesweit fördern?

#### Ausblick auf eidgenössische Absurditäten

Der Bund ist zur Begegnung und Verständigung unter den Landessprachen verpflichtet, leistet dies doch eher als Pflicht denn als Kür, während die Kantone diese Verpflichtung unterlaufen, indem sie auf ihrem Territorium die amtliche Mehrheitssprache einseitig privilegieren. Als Brücken zwischen des Bundesgenossen - sogar deren Sprachen nennen sie Fremdsprache - gibt es kaum mehr als die eine: Dies soll die Schule leisten. Der schulische Aufwand steht in keiner Beziehung zum Ertrag. Eine minimale Forderung besteht darin, diesen zu ergänzen: Jedes Kind verbringt eine Schulwoche in einer anderssprachigen Gegend. Dazu sind auch kontextgebundene Begegnungen in Schule und Öffentlichkeit zu fördern, vor allem auch von den Kantonen.

Die zweite Absurdität: Wir kennen in der Schweiz keinen gesicherten Minderheitenschutz, die Mehrheit bestimmt. Und dieser Grundsatz selbst dann gilt, wenn eine Initiative existenziell das Italienische und Romanisch in Graubünden gefährdet! Hätte das Volk der Initiative zugestimmt, die in der Primarschule für alle zwingend nur eine zweite Sprache verlangt (und diese soll Englisch sein), hätte dies eine Diskriminierung der beiden Sprachminderheiten im Kanton bedeutet, für die Deutsch als Zweitsprache überlebensnotwendig ist.